



Offener Brief an die im  
Bundesparlament vertretenen  
politischen Parteien der Schweiz

Bern, 30. Januar 2002

### **Radio- und Fernsehgesetz: Freigabe der Alkoholwerbung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Aus der Presse entnehmen wir, dass der Bundesrat im Entwurf des neuen Radio- und Fernsehgesetzes die Werbung für Alkohol gestatten will.

Diese Öffnung steht in krassem Widerspruch zu den Präventionsbemühungen des Bundes, aber insbesondere auch zu jenen der Kantone und deren Präventionsfachstellen. Die Suchtprävention hat bereits heute gegen eine übermächtige Industrie anzugehen. Sogar gute und aufwändige Kampagnen von Bund und Kantonen haben grosse Mühe, gegen die übermächtigen Werbestrategien der Alkoholindustrie anzukommen.

Der Jugendalkoholismus ist heute eines der grössten sozialmedizinischen Probleme. Rund 50 Prozent der 15- bis 24-jährigen Männer sind episodische Rauschtrinker. Dieses darf nicht verharmlost werden: Sobald das Trinken systematisch wird, steigt die Suchtgefährdung. Zudem passieren nach Rauschtrinken zahlreiche Unfälle – und Unfälle sind die häufigste Todesursache bei Jugendlichen.

Mit der Aufhebung des Werbeverbotes soll die Alkoholindustrie zusätzlich mit den Mitteln der Massenkommunikation noch mehr Leute – und vor allem Jugendliche – erreichen können. Angesichts der sich häufenden Meldungen über Alkoholexzesse von Kindern und Jugendlichen ist es verfehlt, die Alkoholwerbung freizugeben - um nicht rentierende Privat-TV-Stationen mit einem grösseren Werbekuchen über Wasser zu halten.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich, als politische Partei Ihren Einfluss geltend zu machen und eine derart folgenschwere Öffnung des Radio- und Fernsehgesetzes zu unterbinden.

Mit freundlichen Grüssen:  
Stiftung Berner Gesundheit

Dr. Kurt Meyer, Präsident

Bruno Erni, Geschäftsführer

